Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich Pfg., monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich Mk. ohne Zustellungsgebühr. Die Postboten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger betrieblicher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner kann der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelnummerpreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Unverlangte Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Inseratenpreis Pfg. für die 6-gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit Teuerungszuschlag. Zeitraub- und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 6-spaltige Zeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend Mk. / Für die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Erfüllungsort für beide Teile Wilsdruff. / Bei Konkurs oder gerichtlicher Beitreibung fällt jeder Rabatt weg.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 84 | Freitag den 11. April 1919 | 78. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Nach Anordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst ist den Herstellern von Dörrgemüse auch in diesem Jahre **das Dörren von Frühgemüse** auf Grund der §§ 1 und 9 der Verordnung über die Verarbeitung von Gemüse und Obst vom 23. Januar 1918 (R.-G.-Bl. S. 46) **bis zum 31. Juli 1919 untersagt.** Ausgenommen von diesem Verbot sind die an den Frischmärkten verbleibenden Ueberstände von Frühgemüse, welche durch Trocknung vor dem Verderb geschützt werden müssen.

Dresden, am 9. April 1919. 799 V G 2

Wirtschafts-Ministerium.
Landeslebensmittelamt.

Vergnügungssteuerordnung f. den Bezirk der Amtshauptmannschaft Meißen

ausschließlich der Städte Lommatzsch, Nossen und Wilsdruff.

§ 1.

Im Bezirke der Amtshauptmannschaft Meißen ausschließlich der Städte Lommatzsch, Nossen und Wilsdruff haben die Besucher von Vergnügungsstätten eine Eintrittssteuer zu entrichten.

§ 2.

Die Steuer beträgt

A. **bei öffentlichen Tanzvergnügungen**
a) an den festgelegten regelmäßigen Tanztagen . . . . . 10 Pfg.
b) an anderen Tanztagen: sonn- und feiertags . . . . . 20 „
werktags . . . . . 30 „
c) bei Masken- und Kostümbällen . . . . . 50 „

B. **bei nichtöffentlichen Tanzvergnügungen, die von Vereinen oder Gesellschaften oder Einzelpersonen veranstaltet werden, wenn sie in Wirtschaften stattfinden,**
a) sonn- und feiertags . . . . . 20 Pfg.
b) werktags . . . . . 30 „
c) bei Masken- und Kostümbällen . . . . . 50 „

Als Tanzstätten sind nicht nur die eigentlichen Tanzsäle, sondern auch die mit ihnen verbundenen, zum Aufenthalt für die Besucher des Tanzvergnügens bestimmten Räume anzusehen.

§ 3.

Die Eintrittskarten für folgende Veranstaltungen:
a) Theatervorstellungen,
b) Vorträge aller Art,
c) musikalische Darbietungen,
d) Zirkusvorstellungen,
e) Schaustellungen, Vorstellungen von Personen, Sachen und ähnlichen Darbietungen,
f) Lichtspielvorführungen,
g) Ausstellungen, Panoramen jeder Art,
h) Vergnügungen und Belustigungen jeder Art

unterliegen der Eintrittskartensteuer, wenn ein Eintrittsgeld von wenigstens 40 Pfg. erhoben wird.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn die Veranstaltung nur bestimmten Personen gegen Eintrittsgeld zugängig ist.

Jeder Teilnehmer der Veranstaltung muß im Besitz einer Eintrittskarte sein.

Die Höhe der Steuer beträgt bei

Eintrittspreisen von mehr als	40 Pfg.	bis mit	1 Mk.	5 Pfg.
„ „ „ „	1 Mk.	„ „	2 „	10 „
„ „ „ „	2 „	„ „	3 „	15 „

usw. je eine Mark Preiserhöhung 5 Pfg. Steuererhöhung.

Bei Dutzendkarten usw. bestimmt sich die Steuer nach der Zahl der Veranstaltungen und ist bei Lösung der Karte fällig. Bei Dauerkarten werden 10 von Hundert des Preises als Steuer erhoben.

§ 4.

Befreit von der Steuer sind
a) die Inhaber der Vergnügungsstätten, sowie die von ihnen mit der Bedienung der Gäste beauftragten oder von ihnen sonst beschäftigten Personen,
b) Musiker, die zur Ausführung der Tanzmusik verwendet werden, sowie die Tanzordner,
c) Beamte und Angestellte, die aus dienstlichen Gründen sich in den Vergnügungsstätten aufhalten.

Ferner kann die Amtshauptmannschaft auf Ansuchen die Steuer nach § 3 ganz oder teilweise bei Veranstaltungen erlassen, wenn die Darbietungen lediglich volkserzieherisch wirken sollen oder das Erträgnis öffentlichen, gemeinnützigen oder wohltätigen Zwecken zufließt.

§ 5.

Die Eintrittssteuer wird in Form einer Kartensteuer erhoben.

Ihre Erhebung wird den Gemeindebehörden übertragen. Sie erhalten von der Amtshauptmannschaft die benötigten Kartenvordrucke.

Die Quittungsabschnitte sind vor der Ausgabe mit dem Gemeindestempel zu versehen und dürfen nur der laufenden Nummer nach ausgegeben werden. Die Quittungsblocks sind nach Abtrennung der Quittungsabschnitte an die Amtshauptmannschaft zurückzusenden.

§ 6.

Die Eintrittssteuer ist vor dem Betreten der Vergnügungsstätte zu entrichten.

Soweit es sich um steuerpflichtige Vergnügungen handelt, darf der Veranstalter das Betreten der Vergnügungsstätte nur solchen Personen gestatten, die sich im Besitze der vorgeschriebenen Quittungsabschnitte über die entrichtete Steuer befinden.

Quittungsabschnitte sind dem Veranstalter oder Inhaber der Vergnügungsstätte, den von ihnen zur Ueberwachung herangezogenen Hilfspersonen, sowie den mit der Aufsichtsführung betrauten Beamten und Angestellten der Ortspolizeibehörde jederzeit auf Verlangen vorzuzeigen.

§ 7.

Bei nichtöffentlichen Tanzvergnügungen bleibt nachgelassen, daß der Veranstalter die Eintrittssteuer im Voraus unter genauer Angabe der Besucherzahl an die Gemeindebehörde entrichtet. Dabei sind ihm die entsprechende Zahl von Quittungsabschnitten auszuhändigen. Ein Rückerstattungsanspruch wegen zuviel gezahlter Steuer besteht nicht. Die Gemeindebehörden sind befugt, die Vorauszahlung abzulehnen.

§ 8.

Die Steuer fließt in die Kasse des Bezirksverbandes, die Städte Lommatzsch, Nossen und Wilsdruff haben jedoch an den Einnahmen aus der Steuer keinen Anteil. 25% der erzielten Roheinnahme erhält die Gemeindekasse des Ortes, in der die Vergnügungsstätte liegt. Im übrigen ist der Ertrag zur Verzinsung und Tilgung der durch den Krieg aufgelaufenen Schulden des Bezirksverbandes zu verwenden.

Die Gemeindebehörden haben die eingehobenen Steuern nach Ablauf jedes Kalenderhalbjahres bis zum 15. des nächstfolgenden Monats unter Beifügung einer Abrechnung nach einem vorgeschriebenen Muster an die Amtshauptmannschaft abzuführen.

§ 9.

In selbständigen Gutsbezirken hat der Gemeindevorstand des betreffenden Ortes die Steuererhebung mit zu besorgen. Der in § 8 festgesetzte Anteil an den Einnahmen fließt, auch soweit die Steuern im Gutsbezirk erhoben werden, in die Gemeindekasse.

§ 10.

Hinterziehung der Eintrittssteuer wird mit dem 10 bis 20fachen Betrage der hinterzogenen Steuer geahndet.

Im übrigen werden Zuwiderhandlungen gegen diese Steuerordnung, soweit nicht die Bestimmungen der allgemeinen Strafgesetze Anordnung zu leiden haben, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

§ 11.

Den Zeitpunkt, an welchem diese Steuerordnung in Kraft tritt, bestimmt der Bezirksausschuß.

Meißen, am 13. Februar 1919. 323 XIII.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Nr. 211 c I. Dresden, am 22. März 1919.

Mit Ermächtigung des Ministeriums des Innern auf 3 Jahre genehmigt, höchstens aber auf solange, bis durch Reichs- oder Landesgesetze Bestimmungen über Lustbarkeitsabgaben erlassen worden sind, denen die Eintrittskartensteuerordnung zuwiderläuft.

(S. L.) **Die Kreishauptmannschaft.**
J. V.: Beschorner.

Bekanntmachung.

Die von der Bezirksversammlung am 13. Februar beschlossene Vergnügungssteuer tritt am **15. April 1919** in Kraft. Von diesem Tage ab ist jeder **Veranstalter** einer Vergnügungsveranstaltung verpflichtet, für jeden Teilnehmer oder Besucher die Steuer gemäß der nachstehend veröffentlichten Steuerordnung zu entrichten. Die erforderlichen Steuerkarten sind vor der Veranstaltung bei der Ortsbehörde zu entnehmen.

Meißen, am 8. April 1919.

3074 **Die Amtshauptmannschaft.**

Grumbach.

Bauern- und Landarbeiter-Rat.

Die Wahlen finden **Sonnabend den 12. April 1919** im Gasthof zu Grumbach statt und zwar für Landwirte abends 1/2 7—7 Uhr und für Landarbeiter, männlich und weiblich, einschließlich Familienglieder, abends 1/2 8—8 Uhr. Zu wählen sind aus jeder Gruppe 3 Vertreter. Alles nähere ist im Gemeindeamt zu erfahren.

Grumbach, am 10. April 1919.

3078 **Der Gemeindevorstand.**

Unsere werten Inserenten,

private wie amtliche, bitten wir wiederholt, **alle Inserate bis spätestens vormittags 11 Uhr** aufzugeben, da wir sonst nicht in der Lage sind, ein Erscheinen derselben am gleichen Tage zu gewährleisten. Wir müssen vielmehr alle die Inserate, die nach 11 Uhr aufgegeben sind, ohne Ausnahme für die jeweils nächste Nummer zurückstellen. Wir sind gezwungen, an dieser Maßnahme festzuhalten, da wir seitens des Elektrizitätswerkes die Genehmigung zur Stromentnahme für den Betrieb der Maschinen nur bis nachm. 4 Uhr haben. **Geschäftsstelle d. Wilsdruffer Tageblattes.**

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

Die Regierungstruppen in Magdeburg.

Kapuzinerpredigten.

In einer Überzeugung sind sie alle einig auf dem Rätekongreß in Berlin: es sieht nicht schön aus in Deutschland. Niemand findet sich, der ein auch nur halbwegs zufriedenes Gesicht aufsetzt, man ergeht und erschöpft sich in gegenseitigen Anklagen und Beschuldigungen, und daß etwa Herr Leinert die Gefolgschaft von Richard Müller oder Herr Kaliski die ganz radikalen Kommunisten zu sich herüberziehen könnte, erscheint heutzutage unvorstellbarer als je zuvor. Jede Partei macht der anderen den Vorwurf, daß sie zur Gewalt, zu Bajonetten, Handgranaten und Maschinengewehren ihre Zuflucht nehme, und daß darüber die Not des Volkes immer höher steige, und je länger dieser Kampf um die Macht andauert, desto grimmiger wird die Erbitterung, mit der die feindlichen Richtungen sich befehden. Man kann nicht gerade sagen, daß der erste Tag des Rätekongresses der Welt viel Neues gebracht habe: den Himmel möchten sie alle stürmen, ob sie nun der Fahne der Mehrheitssozialisten folgen oder zu Haase oder zu Ledebour aufschauen. Aber keiner verfügt über die hinreichende Macht der Beredsamkeit, die nötig wäre, um die widerstrebenden Geister zu mächtiger Tat zusammenzuschweißen — und so kann auch aus dieser Tagung schwerlich eine heilungbringende Wirkung für unser krankes Volksleben herauskommen. Es wird anderer als Redekuren bedürfen, wenn wir über den Berg hinausgelangen wollen, der den Horizont unserer politischen Entwicklung augenblicklich immer noch versperrt.

Als die Hauptrede des ersten Sitzungstages darf man wohl diejenige des Mehrheitssozialisten Kaliski bezeichnen. Eine richtige Kapuzinerpredigt, die mit seinen eigenen Parteigenossen gar nicht viel glimpflicher umsprang als mit Unabhängigen und Kommunisten. Alle habt Ihr versagt, wie Ihr hier steht und geht — das war der Grundton seiner ungemein temperamentvollen Ausführungen. Der gewaltigen Aufgabe, die mit der Revolution an uns gestellt wurde, ist niemand gerecht geworden, niemand hat es verstanden, neuen Wein in die alten Schläuche zu tun, und so drehen wir uns ewig im Kreise und kommen nicht von der Stelle. Das Volk hungert nach neuen Ideen, nach neuen Schöpfungen, um sein Dasein endlich etwas wohnlicher gestalten zu können, aber seine berufenen Vertreter schlagen sich gegenseitig den Schädel ein und zerstören noch den letzten Rest von Lebensmöglichkeiten, der uns bis jetzt verblieben ist. So ging es weiter im Text, und siehe da: der Mann fand auf allen Seiten des Hauses Zustimmung. Über gegnerische Zurufe, die sich durchweg auf sachlichem Boden hielten, wußte er seinen Faden unbeirrt fortzuspinnen, so daß man schließlich fast den Eindruck gewann, die Versammlung sei doch im Grunde eigentlich gar nicht so zerklüftet, wie sie selbst von sich zu glauben scheint. Indessen, das wäre doch wohl nur eine optische Täuschung. Einigkeit, soweit sie herstellbar ist, kann unter diesen Männern nur in der Verneinung bestehen, nur in der Erkenntnis dessen, daß man bisher die Welt noch nicht gerade verbessert hat; wie es aber anders gemacht werden soll, um dem Volk endlich Brot statt Steine bieten zu können, darüber gibt es keine Verständigung. Die Verankerung des Rätesystems, die Herr Kaliski als Heilmittel für alle Nöte der Gegenwart in der Tasche trägt, bleibt immerhin fraglich. Was wir brauchen, sind tatsächliche Fortschritte, die, wenn möglich von heute auf morgen, allen sichtbar und fühlbar den wirklichen Anbruch einer neuen Zeit einleiten. Nach ihnen haben wir bis jetzt vergeblich geschrien, und der Rätekongreß wird uns auch nicht den Frühling bringen.

Das Rätesystem der Unabhängigen? Die deutsche Räterepublik? Da sind uns wenigstens die Bayern mit gutem — oder bösem — Beispiel vorangegangen. Warten wir ab, wie dieses Experiment gelingen mag.

Regierungstruppen in Magdeburg.

Vollständige Arbeitsruhe.

In allen großen Betrieben Magdeburgs ruht seit Dienstag die Arbeit. In der Nacht auf Mittwoch kam es mehrfach zu Zusammenstößen. Ein heftiges Gefecht entspann sich um das Haus der „Volksstimme", auch an der Hauptpost und an anderen Stellen gab es Schießereien. Tote und Verwundete blieben überall zurück.

Mittwoch früh 5 Uhr begann der Einmarsch der vom Reichswehrminister Noske entsandten Truppen. Ernstlicher Widerstand ist ihnen nicht entgegengesetzt worden, obwohl es mehrfach zu Schießereien kam. Die Regierungstruppen sind bis ins Zentrum vorgedrungen. Sie haben den Domplatz gesäubert und die Hauptstraßen besetzt. Unter ihrem Schutz ist der Verkehr der Straßenbahn wieder aufgenommen worden.

Die Magdeburger Garnison bestand bisher aus dem Wachregiment, einer Art Sicherheitswehr, aus Reitern des Regiments 26 und ungefähr 1000 aktiven Unteroffizieren. Das Wachregiment verhielt sich sehr zweifelhaft.

*

Politischer Generalstreik in Braunschweig.

Auf Beschluß des Aktionsausschusses, des Betriebsausschusses und der Vertrauensmänner der Arbeiter ist Mittwoch vormittag die revolutionäre Arbeiterschaft Braunschweigs in den politischen Generalstreik eingetreten. Es gilt, wie es im Aufruf heißt, den Kampf gegen den Kapitalismus und den Militarismus und die Rettung der Revolution.

Sämtliche öffentlichen Lokale, bis auf die Lebensmittelgeschäfte, sind geschlossen zu halten. Nach 8 Uhr abends darf niemand mehr ohne Ausweis des revolutionären Aktionsausschusses auf der Straße sein, ausgenommen Ärzte usw. Vor den Banken sind Volkswehrposten aufgestellt. Auch der Eisenbahnverkehr ist vollkommen stillgelegt.

*

Lage in den Kohlenbaugebieten.

Wie von authentischer Seite festgestellt wird, sind die aus dem Ruhrrevier während der letzten Tage gemeldeten Streikziffern insgesamt und im einzelnen um ein Erhebliches über den wirklichen Bestand der Ausständigen hinausgegangen. Alle nicht amtlichen Nachrichten über die Zahl der im Ruhrrevier Streikenden sind mit größter Vorsicht entgegenzunehmen. Wie der Bergbauverein berichtet, haben auf den vom Streik betroffenen Zechen 42 829 Mann gearbeitet. Außerdem arbeiteten auf Zechen, die überhaupt nicht vom Ausstand betroffen sind, 15 177 Mann.

Verschärfter Belagerungszustand.

Seit Dienstag nachmittag ist über Essen Stadt und Land der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden. Beim Einzug der Regierungstruppen kam es infolge des Versuches, einen Bagagewagen zu plündern, zu einem Zusammenstoß zwischen Militär und Zivilisten, wobei durch Handgranaten zwei Zivilisten getötet und mehrere verwundet wurden.

Die Düsseldorfer Arbeiterschaft hat sich in geheimer Abstimmung in den einzelnen Betrieben mit überwiegender Mehrheit für Fortsetzung des politischen Generalstreiks entschieden. Sämtliche Arbeiter des städtischen Gas- und Elektrizitätswerkes haben ebenfalls die Arbeit eingestellt. Dienstag wurde über Düsseldorf der verschärfte Belagerungszustand verhängt.

Sächsische Bergarbeiter ebenfalls im Ausstand.

Seit Dienstag nachmittag sind die Belegschaften des Lugau-Olsnitzer Kohlenreviers ausständig. Die Streikenden haben zehn Forderungen aufgestellt und verlangen unter anderem die Einführung der siebenstündigen Schichtzeit, völlige Auszahlung der Entschuldungssumme, Beseitigung der bestehenden Regierung, sozialistische Führung der Bergwerke durch Einsetzung der Betriebsräte, sofortige Zuweisung von reichlichen und billigen Lebensmitteln, Bezahlung aller Streikschichten. Im Falle des Versagens des alten Bergarbeiterverbandes soll eine sächsische Bergarbeiterunion gegründet werden. Ein Übergreifen der Ausstandsbewegung auf Zwickau ist zu befürchten.

Französische Kriegsgerichte gegen Streikende.

Der französische Kommandierende im Saarrevier gibt bekannt, da seinen Befehlen zur Arbeitsaufnahme nicht nachgekommen sei, würde eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen. Von den Verhafteten wurden 21 vor das Kriegsgericht gestellt und zu Strafen von 2 bis 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Die übrigen wurden in das rechtsrheinische Gebiet durch Eisenbahntransport abgeschoben.

*

Ultimatum der Bankbeamten zum 10. April.

Der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten teilt mit, daß, nachdem die Berliner Bankbeamten in den Ausstand getreten sind, eine Versammlung der Bankangestellten Groß-Berlins eine Resolution angenommen hat, in der die Kollegenschaft im Reiche aufgefordert wird, die Arbeit am 10. April niederzulegen, wenn nicht bis dahin vor dem Reichsarbeitsamt seitens des Verbandes Berliner Bankleitungen die Verhandlungen auf Grund des vom Allgemeinen Verband und dem deutschen Bankbeamtenverein vorzulegenden Einheitstarifes aufgenommen werden.

Eichhorn entlarvt!

1371 Tote im Berliner Bürgerkrieg.

Wie ein Hintertreppenroman liest sich der Bericht über die letzte Sitzung des Untersuchungsausschusses der Preußischen Landesversammlung, der feststellen sollte, wer schuld war an den Januar-Unruhen in Berlin. Die Untersuchung hat den früheren Berliner Polizeipräsidenten

Eichhorn ungeheuer belastet.

Ihm werden Unterschlagung, versuchter Kassenraub und andere Dinge vorgeworfen, die gewöhnlich nicht zu den Obliegenheiten eines Polizeipräsidenten zu gehören pflegen. Namens des Untersuchungsausschusses berichtet nämlich Regierungsrat Doyé:

Die von Eichhorn aufgestellte Sicherheitswehr habe in den Polizeirevieren und im Polizeipräsidium übel gehaust. Über viele Hunderttausende Mark fehlen Belege. Eichhorn selbst hat in einem Fall 5100 Mark, in einem andern Fall 1625 für sich persönlich unterschlagen. Unter den verschwundenen Geldern befinden sich auch 147000 Lei rumänischen Geldes, die bei Offizieren beschlagnahmt wurden und seitdem spurlos verschwunden sind.

Eichhorn hat den revolutionären Obleuten und anderen unabhängigen Organisationen die Wohnungslisten der Schutzmannschaft ausgeliefert, und die Schutzleute, die sich der Unabhängigenpolitik nicht gefügt haben, sind selbst nicht nur persönlich, sondern auch in ihren Familien in der brutalsten Weise terrorisiert worden. Vom Magistrat Berlin hat Eichhorn viele Zentner feinsten Auszugsmehls erpreßt, um davon Torten für seine Leibwache backen zu lassen. Die Sammlung und Austeilung von Waffen hat Eichhorn bereits am 11. November 1918 begonnen. Allein von der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik sind Waffen im Werte von 400000 Mark erpreßt worden.

Eichhorn hat ferner unter Benutzung eines Sauerstoffgebläses versucht, die Hauptkasse des Polizeipräsidiums zu berauben, der Versuch ist ihm aber nicht geglückt. Im Polizeipräsidium wurde in den von Eichhorn und seinen Trabanten besetzt gehaltenen Räumen eine Notenpresse gefunden, die zur Benutzung fertiggestellt war.

Nach Anhörung dieser Anklagen gab der Minister des Innern Heine eine Übersicht über die Januarunruhen, die planmäßig organisiert gewesen seien.

Niederschmetternd wirkte die Mitteilung, daß 1371 Menschenleben den Januar- und Märzunruhen zum Opfer gefallen seien, darunter fast ein Zehntel Soldaten.

Die Plünderungen in den von Aufständischen besetzten Gebäuden waren sehr groß. An der Verteidigung dieser Gebäude haben Russen und Frauen in hervorragendem Maße mitgewirkt. So hat eine mitverhaftete Frau Steinbrink aus Neukölln im Erker des Vorwärtsgebäudes ein Maschinengewehr bedient, durch dessen Kugeln mehrere Regierungssoldaten gefallen sind. Diese Mitteilungen werden in der Öffentlichkeit keinen geringeren Eindruck machen als in der Sitzung des Ausschusses.

Sozialisierung in Bayern.

Unternehmungen unter gesellschaftlicher Kontrolle.

München, 9. April.

Auf Anordnung des Zentralrates werden, um die Sozialisierung vorzubereiten, alle Unternehmungen unter gesellschaftliche Kontrolle gestellt. Alle Betriebe haben ungestört weiterzugehen. Alle leitenden Persönlichkeiten, Direktoren, Ingenieure haben die Arbeit fortzusetzen. Die Kontrolle der Geschäftsgebarung und der Geldbewegung wird durch Betriebsräte oder Arbeiter- und Angestelltenausschüsse ermöglicht.

Weiter sind sämtliche Bergwerke sowie die gesamte Presse Bayerns aus gleichen Gründen unter gesellschaftliche Wirtschaftskontrolle gestellt.

Gegen die Räterepublik

haben sich nicht allein die Regierungen der anderen süddeutschen Staaten, Württemberg, Baden, Hessen, ausgesprochen, die das Ministerium Hoffmann als die allein rechtmäßige Regierung Bayerns ansehen. Auch ein großer, bedeutsamer Teil der Bauernschaft hat sich gegen die Räteregierung ausgesprochen. Über Augsburg und

---

Das Geheimnis der alten Mamsell.

80] Roman von E. Marlitt.

„Sie kämpfen tapfer, Felicitas," entgegnete er ruhig, „und wären die letzten Worte nicht, die jene Frau" — er deutete nach der Richtung, wo die Regierungsrätin verschwunden war — „in ihrer Raserei mir hingeworfen hat, so gäbe ich Ihnen das schlimme Geheimnis unbesehen zurück. So aber will und muß ich die Schande kennen, die auf meinem Namen liegt, und ist die arme Einsame in der Mansarde stark genug gewesen, sie vor fremden Augen zu hüten, so werde ich auch wohl die Kraft finden, sie zu ertragen . . . Ich bin doppelt gezwungen, der Sache auf den Grund zu gehen. Die Linie Hellwig am Rhein ist offenbar im Mitbesitz des Geheimnisses und möglicherweise an irgend einer Bübereі beteiligt — wenn Sie auch schweigen und die Augen niedrschlagen, ich sehe doch deutlich an Ihrem Gesicht, daß ich richtig vermute — meine Cousine wußte ohne Zweifel um die Familienschande und war nur entsetzt, sie plötzlich niedergeschrieben zu finden . . . ich werde mit diesen Hehlern abrechnen! . . . Trösten Sie sich, Fee!" fuhr er weich und zärtlich fort und strich sanft mit der Hand über den Scheitel des jungen Mädchens, das in stummer Verzweiflung vor ihm stand. „Ich kann nicht anders handeln, und wenn mir als Preis die Versicherung geboten würde, daß Sie sofort die Meine werden wollten — ich müßte „Nein" sagen!"

„Ich kann mich nie wieder beruhigen," rief sie in ausbrechender Klage, „denn ich habe Sie unglücklich gemacht durch meine Unvorsichtigkeit!"

„Sie werden ruhig werden," sagte er ernst und nachdrücklich, „wenn Sie einsehen lernen, daß Ihre Liebe mir alles überwinden hilft, was das Leben Schweres auf meinen Weg wirft!"

Er drückte ihre kleine, eiskalte Hand und ging in sein Zimmer. Felicitas aber preßte die heiße Stirne an das Fensterkreuz und starrte hinab in den Vorderhof, wo ein furchtbarer Gewitterregen mit solchem Ungestüm niederprasselte, als gelte es, daß Blut des gemordeten Adrian Hirschsprung von den Steinplatten wegzuwaschen, und mit ihm den Schandflecken, der auf dem Namen Hellwig lastete.

27.

Eine Stunde später trat der Professor in das Wohnzimmer seiner Mutter. Seine Hautfarbe war um einen Hauch bleicher als gewöhnlich; aber Gesichtsausdruck und Haltung ließen mehr als je die männliche Entschiedenheit und moralische Kraft hervortreten, die seine äußere Erscheinung zu einer bedeutenden machten.

Frau Hellwig saß hinter ihrem Asklepiasstock und strickte. Masche um Masche wurden unter diesen fleischigen weißen Händen zu Sprossen einer Leiter, die schnurstracks zum Himmel emporstieg — denn es war ein Missionsstrumpf, an welchem die große Frau strickte.

Der Professor legte ein aufgeschlagenes kleines Buch auf das Tischchen, hinter dem sie saß.

„Ich habe in einer sehr ernsten Angelegenheit mit dir zu reden, Mutter," sagte er, „zuvor aber muß ich dich bitten, einen Blick in diese Blätter zu werfen."

Sie legte erstaunt den Strickstrumpf hin, setzte die Brille auf und nahm das Buch. „Ei, das sind ja die Kritzeleien der alten Cordula!" meinte sie unwirsch, aber sie fing an zu lesen.

Der Professor legte die linke Hand auf den Rücken, ließ die rechte unablässig über den Bart gleiten und ging schweigend im Zimmer auf und ab.

„Ich sehe nicht ein, inwiefern mich die kindische Liebesgeschichte mit dem Schusterjungen interessieren soll!" rief die große Frau unwillig, nachdem sie zwei Seiten überlesen hatte. „Wie kommst du denn auf die Idee, mir die alte Schartek zu bringen, die mir die ganze Stube verpestet mit ihrem Modergeruch?"

„Ich bitte dich, lies weiter, Mutter!" rief der Professor ungeduldig. „Du wirst sehr bald den Modergeruch vergessen über anderen schlimmen Seiten, die das Buch hat."

Sie nahm es mit sichtbarem Widerwillen auf und überflog einige Blätter. Aber allmählich kam Spannung in dieses Steingesicht; die knisternden Blätter flogen immer rascher durch ihre Finger. Ein feines Rot trat in die weißen Wangen, es lief über die Stirne und wurde plötzlich zu Purpur . . . Merkwürdigerweise jedoch war es weder ein eigentlicher Schrecken, noch gar Entsetzen, was die Frau erfaßte — mit einem maßlosen Erstaunen, in das sich sehr bald ein unsäglicher Hohn mischte, ließ sie das Buch in den Schoß sinken.

„Das sind ja merkwürdige Dinge! Ei sieh da, wer hätte das gedacht! Die ehrenhafte, hochangesehene Familie Hellwig!" rief sie, die Hände zusammenschlagend — in ihrer Stimme stritten Haß, Triumph und gesättigte Bosheit. — „Alle die Geldsäcke, auf denen die stolze Frau Kommerzienrätin, meine Frau Schwiegermutter, stand, waren zum Teil gestohlen! . . Ei, ei, da rauschte man in Samt und Seide daher — da gab man Feste, wo der Champagner in Strömen floß, und wo man sich von den Schmarotzern eine schöne und geistreiche Frau nennen ließ! . . . Und ich, ich mußte diese jubilierenden Gäste bedienen — niemand beachtete neben der leichtfertigen, üppigen Frau die arme, junge Verwandte, die in ihrer Tugend und Gottesfurcht hoch stand über den sündhaften, elenden Schwelgern . . . Da hab' ich oft die Zähne zusammengebissen und im Herzen zu meinem Gott gebetet, er möge dieses verruchte Treiben strafen nach seiner Gerechtigkeit! . . . Er hat es bereits gerichtet . . . O, wie wunderbar sind seine Wege! — Es war gestohlenes Geld, das sie verpraßten — ihre Seelen sind zwiefach verloren!"

Der Professor war regungslos mitten im Zimmer stehengeblieben. Er hatte diese Art Auffassung so wenig vorausgesehen, daß er einen Augenblick fassungslos schwieg.

„Wie du die Großmutter dafür verantwortlich machen kannst, daß sie unbewußt diese veruntreuten Gelder besessen hat, begreife ich nicht, Mutter," sagte er nach einer kurzen Pause entrüstet. „Dann sind auch unsere Seelen verloren, denn wir sind bis auf den heutigen Tag im Genuß der Gelder gesessen verblieben . . . Uebrigens wirst du bei dieser Ansicht um so mehr mit mir einverstanden sein, daß wir uns das ihrer Familie haftende, unehrliche Geld so bald wie möglich vom Halse schaffen und es bei Heller und Pfennig zurückgeben."

Vorhin, bei ihrem grenzenlosen Erstaunen, war Frau Hellwig sitzen geblieben und hatte einfach ihre Hände zusammengeschlagen; jetzt stützte sie dieselben auf die Armlehnen des Stuhles und fuhr mit einem Ruck empor.

„Zurückgeben?" wiederholte sie, als zweifle sie, recht gehört zu haben. „Wem denn?"

„Nun, selbstverständlich den möglicherweise existierenden Hirschsprungschen Erben."

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF

München ist die Lebensmittelsperre verhängt, bis die Räteregierung zurücktritt.

„Eine Schwabinger Kaffeehausgröße."

Amtlich, d. h. im Auftrage der Räteregierung wird aus München gemeldet, daß der bayerische Gesandte in Berlin Dr. v. Preger den Auftrag erhielt, dem Grafen Brockdorff-Rantzau sein Abschiedsgesuch einzureichen. Hierüber wird in Berlin halbamtlich gespottet. Erstens weil der Gesandte aufgefordert war, dem Grafen Brockdorff-Rantzau das Abschiedsgesuch zu überreichen. Der Graf ist nämlich nicht der Vorgesetzte des Gesandten, sondern der Vorgesetzte ist der Volksbeauftragte für auswärtige Politik in München. Sodann enthält der Münchener Erlaß in seinem ersten Satz ein lateinisches Zitat, aus dem die Berliner halbamtliche Stelle schließt, daß der Verfasser eine Schwabinger Kaffeehausgröße ist, die zufällig ihre Gymnasialbildung noch nicht ganz vergessen hat".

Tragisch wird demnach die Münchener Räteregierung in Berliner Regierungskreisen nicht genommen. Vielleicht nicht einmal ernst . . .

Ein kommunistisches Geständnis.

Auch die äußerste Linke in der Sozialdemokratie nimmt die Münchener Bewegung nicht recht ernst. Die Freiheit in Frankfurt a. M., das Organ der dortigen Kommunisten bemerkt zweifelnd: „Ob Bayern reif sein wird für die unverfälschte Räteregierung, ist zur Stunde schwer zu beurteilen." Eine eigenartige Methode: Erst schreit man: „Alle Macht den Arbeiterräten" und wenn man dann die Macht hat — dann erst —, beginnt man, Überlegungen darüber anzustellen, ob das betreffende Land eigentlich reif ist für die schönen Dinge, mit denen man es beglücken will.

Verschiedene Meldungen:

München. An der Spitze der Münchener Neuesten Nachr. veröffentlicht der Volksbeauftragte für Volksaufklärung folgende Erklärung: Die Redaktion der N. N. N. hat es abgelehnt, sich der Zensur der Presse-Abteilung des provisorischen revolutionären Zentralrats zu unterwerfen. Infolgedessen hat die Presseabteilung des provisorischen Zentralrats von heute ab die Redaktion übernommen.

Weimar. Nach den hier bei der Regierung vorliegenden Nachrichten geben die Meldungen, die aus München kommen, ein falsches Bild. Die Räteregierung findet keineswegs im Lande wirklich Boden. Die Gegenbewegung wird überall organisiert.

Nürnberg. Die sozialistische Fränkische Tagespost bringt Enthüllungen über den an der Spitze des Ministeriums der Räterepublik Bayerns als Volksbeauftragter für Auswärtige Angelegenheiten befindlichen Dr. Lipp, einen Mann von etwa 30 Jahren. Das Blatt behauptet, daß Lipp früher in Italien Spitzel der deutschen Regierung gewesen sei. Er war bereits mehrmal wegen Größenwahns im Irrenhause untergebracht.

Was kosten uns die Streiktage?

Rund 2 Milliarden Verlust am Nationalvermögen.

In einer anscheinend offiziösen Kundgebung über die Verluste durch die Streiks der letzten Zeit wird betont, daß infolge der Streikunruhen der Wert des deutschen Geldes im Auslande von Stunde zu Stunde sinkt. In Dänemark haben 112 Mark deutschen Geldes nur noch den Wert von 33,25 Kronen, in Stockholm den Wert von 33,50 Kronen. In der Schweiz, wo vor wenigen Tagen 100 für einen Kaufpreis von 80 Mark 197,50 Mark bezahlt worden sind, müssen heute für diesen Betrag bereits 234 Mark bezahlt werden.

Das deutsche Geld ist auf rund 25% seines Wertes gesunken. In diesen Streiktagen beträgt der Kursverlust von 80 Mark 36,50 Mark. In Deutschland haben wir zurzeit etwa 35 Milliarden Mark Papiergeld im Verkehr. Auf 80 Mark haben wir in wenigen Tagen 36,50 Mark an Wert verloren, also auf 100 Mark 45,72 Mark. Gestützt auf dem Stand unseres Geldes in der Schweiz, haben wir also durch die fürchterliche Beunruhigung unserer Wirtschaft durch das Generalstreikfieber, in das unsere Arbeiterschaft jeden Tag von neuem gehetzt wird, in wenigen Tagen 15 913 750 000 Mark verloren.

Das muß zum Zusammenbruch führen. Die Lebensmittelpreise werden ins Ungeheure steigen, wenn das so fort geht. Was wir vor zehn Tagen in der Schweiz an Lebensmitteln noch für 100 Mark bekommen haben, müssen wir heute schon mit 145,73 Mark bezahlen.

Friedenskongreß in kurzer Zeit.

Haag, 9. April.

Nach Meldungen aus Paris haben Orlando, Lloyd George, Clemenceau und House eine Einigung über die Prinzipien des Friedensabkommens erzielt. Wenn Wilson, der immer noch das Zimmer nicht verlassen darf, sich gleichfalls damit einverstanden erklärt, so ist die Festsetzung der Präliminarien nur noch eine Frage von Stunden. Die Gemeindebehörden von Versailles treffen vorbereitende Maßnahmen für die Unterbringung der deutschen Bevollmächtigten. Es wurde eine Sonderpostmarke hergestellt, die die Aufschrift: „Versailles, Congrès de la Paix" trägt.

„Wilson, so schreibt die „Newyork Times" ist entschlossen, seine eigenen Grundsätze hochzuhalten, denen alle anderen Nationen nur mit den Lippen dienen. Er will an den Waffenstillstandsbedingungen festhalten auf Grund deren die Verbündeten sich gegenüber Deutschland bereit erklärt haben, eine bestimmte Linie zu behalten. Es wird erneut auf die Möglichkeit eines Appells Wilsons an die Welt hingewiesen. In dieser Veröffentlichung würde ausgesprochen werden, daß Amerika der Welt ein Versprechen gegeben habe, das es halten müsse."

Die amerikanische Presse läutet Sturm.

Amsterdam, 9. April.

Einer Radiomeldung aus Newyork zufolge melden die Newyorker Blätter, daß eine Krisis in der Friedenskonferenz eingetreten ist. Die von einer „hohen Persönlichkeit" oder vom Attaché der amerikanischen Delegation herrührende anscheinend inspirierte Mitteilung besagt, daß Wilson direkt oder indirekt **ein Ultimatum überreicht** und erklärt hat, daß er **keine Konzessionen mehr machen** wird. Die Anforderung des „George Washington" wird als endgültige Drohung ausgelegt, daß der Präsident sich zurückziehen wird, wenn die Konferenz auf einen toten Punkt kommt. Dem „New York Herald" zufolge ist in den letzten Beratungen des Rates der Vier eine sehr große Spannung entstanden. Auf der ganzen Friedenskonferenz ist man der Ansicht, daß man in ein neues kritisches Stadium getreten ist. Eine der verantwortlichsten mit Wilson associierten Persönlichkeiten erklärte, er würde nicht erstaunt sein, wenn die amerikanische Teilnahme an der Friedenskonferenz ein vorzeitiges Ende finde. Dieser Zustand würde eintreten, wenn die durch die Einzelheiten bewirkte Verzögerung des Friedens noch länger anhält.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ **Der Reichshaushaltsplan.** Der Nationalversammlung ist der Reichshaushaltsplan für 1919 zugegangen. Danach wird der Reichshaushaltsplan in Einnahmen und Ausgaben auf 13 858 495 114 Mk. festgestellt und zwar: im ordentlichen Haushalt auf 13 042 151 910 Mk. an Einnahmen, auf 11 263 411 095 Mk. an fortdauernden und auf 1 778 740 815 Mk. an einmaligen Ausgaben; im außerordentlichen Haushalt auf 816 343 204 Mk. an Einnahmen und 816 343 204 Mk. an Ausgaben.

✦ **Bedrohung unserer Lebensmittelzufuhr.** Die ersten in Deutschland eingetroffenen Lebensmittelschiffe der Entente haben mit Ballast wieder ausfahren müssen, weil in Deutschland **nicht einmal so viel Waren zur Ausfuhr** zusammenzubringen waren, daß die paar Lebensmittelschiffe damit hätten befrachtet werden können. Wir konnten für die Lebensmittelschiffe der Entente **nicht einmal genügend Kohlen** zum Wiederauffüllen der Bunker zur Stelle schaffen. Wie lange unter einer solchen Wirtschaft die Entente Lebensmittel zu liefern bereit sein wird, muß natürlich ganz ungewiß erscheinen.

✦ **Der Staatsgerichtshof.** Der Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof ist vom Kabinett endgültig durchgesprochen und angenommen worden. Er geht an den Staatenausschuß, um dann unverzüglich an die Nationalversammlung zu gelangen.

Neueste Meldungen.

Generalstreik im Berliner Baugewerbe.

Berlin. Mittwoch nachmittag ist im gesamten Baugewerbe Groß-Berlins der Generalstreik ausgebrochen.

16. und 21. Armeekorps für die Regierung.

Köthen (Anhalt.) Der Korps-Soldatenrat des 16. Armeekorps sowie der Vollzugsausschuß des 21. Armeekorps haben beim Reichswehrminister Noske telegraphischen Einspruch dagegen erhoben, daß die beiden Korps durch die bekannte Mitteilung vom 5. April mit der beabsichtigt gewesenen Militärrevolte in Verbindung gebracht werden. Beide Stellen erklären, daß ihnen nur von Schutzmaßnahmen für die Regierung etwas bekannt ist.

Ernste Ausschreitungen in Düsseldorf.

Düsseldorf. Im Laufe des Mittwoch ist es zu ernsten Ausschreitungen gekommen. An mehreren Stellen wurden kleine Abteilungen Regierungstruppen auf der Straße überfallen und gewaltsam entwaffnet. Auf dem Hindenburgwall unternahmen bewaffnete Zivilisten einen förmlichen Feuerüberfall auf die Posten der Regierungstruppen. Es entwickelte sich eine heftige Schießerei und ein Zivilist wurde tot vom Platze getragen. Wie es heißt, sind jedoch noch mehrere Todesopfer vorgekommen. Schließlich blieben die Regierungstruppen Herren der Lage. Doch dauern erregte Ansammlungen auf den Straßen fort.

Wohnungsbeschlagnahme in Bayern.

München. Eine Verordnung des provisorischen revolutionären Zentralrats über die Beschlagnahme und Rationierung der Wohnräume besagt u. a.: Während der Wohnungsnot werden sämtliche Wohnräume in Bayern beschlagnahmt. Zur Verminderung der Wohnungsnot wird für jeden Einzelhaushalt grundsätzlich nur ein Zimmer nebst Küche, für jede Familie eine Mindestzahl von Schlafräumen nebst einem Wohnraum freigegeben. Auf Hotels, Gasthöfe und Pensionen findet die Verordnung vorerst keine Anwendung. Zuwiderhandlungen werden mit einer Geldstrafe bis zu 100 000 Mark oder mit Gefängnis bis zu 1 Jahr geahndet.

Spaltung der bayerischen Kommunisten.

München. In der kommunistischen Partei machen sich derartige Unstimmigkeiten bemerkbar, daß eine Spaltung unvermeidlich erscheint. Was dann geschehen wird, ist nicht abzusehen. Die Mehrheitssozialisten haben in einer Generalversammlung die Räteregierung abgelehnt.

Wie in Sowjet-Rußland.

München. Ein Mitglied der jetzigen Regierung erklärte, es würden binnen kurzem solche kommunistischen Verfügungen getroffen, daß die Wirtschaft wie in Sowjet-Rußland eingerichtet sei. Dem Sozialisierungskommissar seien unbeschränkte Vollmachten vom Zentralrat erteilt worden.

Nordbayerns Lostrennung.

Nürnberg. Nach Mitteilungen des „Fränkischen Kuriers" ist Nordbayern fest entschlossen, sich von München abzutrennen und der Räteregierung den Kampf zu erklären. Besonders die Bauern wollen sich um keinen Preis unterwerfen und sind entschlossen, den Lebensmittelboykott mit allen Mitteln durchzuführen. In Würzburg ist der Bürgerstreik erklärt worden. In Bamberg erklärte Ministerpräsident Hoffmann, Gegenmaßregeln gegen die Räteregierung seien nicht notwendig, da diese nur kurze Lebensdauer haben werde.

Der Plan eines bolschewistischen Zentraleuropas.

Wien. Der ungarische Volksbeauftragte des Äußeren sagte in einer Unterredung, es beständen Anzeichen, die erwarten ließen, daß Zentraleuropa bald einen einzigen bolschewistischen Staat bilden würde. Die nächsten deutschen Staaten, die sich anschließen würden, seien Sachsen und Württemberg, aber auch Preußen werde nicht lange mehr dem Kommunismus widerstehen können. Deutsch-Österreich und Böhmen würden dann gezwungen sein, beizutreten. Dieses Zentraleuropa werde aus eigenen Kräften seine Lebensmittel aufbringen können, zumal bei dem zu erwartenden Anschluß an Sowjet-Rußland.

Republik Irland.

Lugano. Nach einer Londoner Drahtmeldung des „Secolo" steht die Proklamierung einer unabhängigen Republik Irland mit dem Sinnfeiner-Führer de Valera als Präsident bevor.

Der Streit um Wilhelm II.

Basel. Havas meldet: Präsident Wilson ist wiederhergestellt. In Sachen der Schuldfrage verlangen die Briten und die Franzosen die Auslieferung und Aburteilung Wilhelms II., während die Amerikaner keine rechtliche Basis für ein solches Vorgehen zu finden vermögen.

Feste Beschlüsse über den Friedensvertrag.

Paris. Bonar Law ist hier eingetroffen, um mit den britischen Delegierten über die endgültigen Bedingungen des Präliminarfriedensvertrages zu beraten. Seine Ankunft gilt als Zeichen dafür, daß man über die Hauptpunkte des Friedensvertrages feste Beschlüsse gefaßt hat.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes".

Beamtenstreik.

Frankfurt am Main, 10. April. (tu.) Der Streik der Angestellten der Firma Chemische Fabrik Griesheim-Elektron nimmt an Umfang zu. Dem Streikbüro beim Verband deutscher Handlungsgehilfen ist von den Angestellten und Werkleitern der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron Werk Bremen telegraphisch die Mitteilung zugegangen, daß sie sich solidarisch erklären passive Resistenz auszuüben und die gleichen Forderungen erheben. Der Arbeiterrat in Griesheim verhandelte am Mittwoch im Auftrage der Firma der Frankfurter Streikleiter wegen Auszahlung der Löhne. Man beschloß, die Anfertigung von Lohnlisten abzulehnen und durch die Mitglieder der Streikleiter den Arbeitern einen Pauschalbetrag auf den ihnen zustehenden Lohn auszuzahlen. Die Arbeiter in Griesheim unterstützen die Forderungen der Angestellten durch passive Resistenz.

Die Passauer Garnison gegen die Räterepublik.

Passau, 10. April. (tu.) Die Passauer Garnison hat sich für das Ministerium Hoffmann und gegen die Münchener Räterepublik erklärt. Einen gleichen Beschluß faßte die fast vor dem Tore liegende Garnison Freising. Die Umringung durch regierungstreue Truppen wird schon in wenigen Tagen beendet sein. Regierungstreue Truppen beginnen seit gestern die Bahnlinie nach Donauförth und Regensburg zu besetzen.

Hebung der deutschen Industrie durch die Neutralen.

Rotterdam, 10. April. (tu.) Wie die holländische Zeitung „Nieuw Finanzie und Kapitalist" aus Paris meldet, steht ein Besuch holländischer Bankiers in Paris bevor. Die Unterhandlungen mit den Alliierten zwecks Abschluß einer deutschen Anleihe von 5 Milliarden in Gold sollen gepflogen werden. Man scheint die Absicht zu haben, daß diese Anleihe durch eine neutrale Gruppe übernommen werden soll. Die Alliierten beabsichtigen, die deutsche Industrie wieder in Schwung zu bringen. Außer den holländischen Finanziers, begeben sich auch schwedische, norwegische und schweizerische nach Paris.

Die Entrichtung der Entschädigungen an die Entente.

Genf, 10. April. (tu.) Nach Pariser Blättern verlautet, daß die sofort von Deutschland zu zahlende Entschädigung 20 bis 25 Milliarden Franks betragen soll und in Raten Gold, Rohstoffen und Arbeitskräften beglichen werden könne. Eine Entente-Kommission wird jedes Jahr zusammentreten und mit Stimmenmehrheit die für das Jahr zu bezahlende Summe festsetzen. Außerdem soll Deutschland sich verpflichten, 30 Jahre hindurch gewisse Kategorien von Schäden, die jedoch nicht ziffernmäßig festgestellt sind, wieder gutzumachen. Es handelt sich besonders um Witwenpensionen, Zerstörungen und Völkerrechtsverletzungen.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, 10. April 1919.

Berufsberatung.

Berufsberatung der Jugendlichen wird heute von allen Seiten gefordert. Der deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag begründet seine Forderung mit der durch den Krieg entstandenen Lehrlingsnot; die Volkswirtschaftler weisen auf die Notwendigkeit planmäßiger Berufsnachweisung zur Steigerung unserer nationalen Arbeitskraft hin; Arbeitgeberverbände klagen über die Unwirtschaftlichkeit des bisherigen Verfahrens bei der Berufswahl und über die ihnen daraus erwachsenden sachlichen Schäden. Sie alle fordern die Berufsberatung aus vorwiegend wirtschaftlichen Rücksichten. In dieser Einseitigkeit liegt eine Gefahr, daß wir uns allzusehr der amerikanischen Art nähern, die nur den Arbeitsvorgang bei gegebenem Arbeitermaterial möglichst wirtschaftlich gestalten und nur den Arbeits- und Wirtschaftserfolg ohne Rücksicht auf das Wohl des Arbeitsuchenden haben will. Gegenüber dieser einseitig wirtschaftlich gerichteten amerikanischen Berufsberatung muß auf deutscher Seite mehr der kulturpolitische und rein menschliche Gedanke berücksichtigt werden. Es gilt bei der Berufsberatung neben dem beruflichen Anliegen der Arbeitgeber und dem sachlichen der Nationalwirtschaft auch das persönliche Wohl der Ratsuchenden zu wahren. Berufsberatung haben deshalb nicht einseitig die Arbeitsnachweise und wirtschaftlichen Verbände zu treiben, es muß vielmehr der Zusammenschluß und die Mitarbeit aller Beteiligten gefordert werden: Schule, Handwerk, Handel, Großgewerbe, Arbeitsnachweis, Arzt, Psychologe, Fürsorgeverein und Behörde. Nur auf diese Weise kann die Seele des Einzelmenschen im Wirtschaftsbetrieb zu ihrem Recht kommen. Die Angelegenheit erfordert gemeinsame Arbeit aller Stellen. Nur auf diese Weise wird der notwendige Ausgleich zwischen Einzel- und Gemeinwohl geschaffen.

— **Keine Reiseausweise mehr?** Die Verpflichtung der Ausstellung von Ausweiskarten bei Antritt einer Reise soll demnächst in Fortfall kommen, voraussichtlich noch vor dem Osterfeste. Diese Maßnahme erübrigt sich jetzt, nachdem die Zahl der in den Fahrplan eingestellten Züge vermehrt werden konnte und vom 1. Mai ab noch mehr vermehrt werden wird. Die Reisescheine haben ihren Zweck, Unterbindung unwichtiger Reisen, wohl erfüllt, haben aber auch auf die Finanzen der Eisenbahnen erheblich eingewirkt.

— **Wann bezahlt das Reich?** Während des Krieges haben bekanntlich die Gemeinden viele hunderte von Millionen für das Reich ausgelegt in Form von Kriegerfamilien-Unterstützungen, Quartiergeldern, Mietbeihilfen usw. Da die Gemeinden längst ohne Ausnahme große Schulden haben machen müssen, so daß oftmals der Staat einspringen mußte, wird es Zeit, daß das Reich die ausgelegten Summen zurückvergütet, denn allgemein werden jetzt die schwebenden Schulden in Anleihen umgewandelt. Deren Höhe ist aber abhängig von den Rückzahlungen des Reiches. In Sachsen sind manche Gemeinden nicht einmal mehr in der Lage, die Erwerbslosenunterstützung rechtzeitig verlagsweise auszuzahlen.

Andrang zur Leipziger Messe. Die Anmeldungen zur diesjährigen Frühjahrsmustermesse in Leipzig (vom 27. April bis 3. Mai) gehen, wie das Meßamt mitteilt, so zahlreich ein, daß schon bis heute eine Zahl von annähernd 7000 Ausstellern erreicht ist. Damit ist die weitaus höchste Teilnehmerzahl aller bisherigen Mustermessen sowohl in Leipzig wie im Auslande erreicht. Die am stärksten beschickte Friedensmesse im Frühjahr 1914 wies 4213 Aussteller auf. Die stärkste Kriegsmesse im Herbst 1918 war von 5476 Firmen beschickt.

— **Die Angehörigen der sächsischen Kriegs- und Zivilgefangenen,** die seit dem 1. Januar 1919 Adressen dieser Gefangenen durch Zuschriften von ihnen unmittelbar

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF

erhalten haben, werden dringend gebeten, diese Adressen der Auskunftsstelle vom Roten Kreuz ihres Armeekorpsbezirkes (Auskunftsstelle vom Roten Kreuz, Dresden, Taschenberg 3, oder Auskunftsstelle vom Roten Kreuz, Leipzig, Roßplatz 11) oder der nächstgelegenen Orts- oder Hilfsstelle vom Roten Kreuz bekannt zu geben.

— **Uebergangsgesetz für das Schulwesen.** Wie unser Vertreter erfährt, sind in der Sitzung des Gesetzgebungs-Ausschußes am Donnerstag hinsichtlich des neuen Uebergangsgesetzes für das Schulwesen folgende Beschlüsse gefaßt worden: 1. Die Ueberführung der jetzigen mehrgliedrigen Volksschule in die allgemeine Volksschule hat in spätestens 4 Jahren zu erfolgen. 2. Aller Unterricht soll gesinnungsbildend wirken. Religionsunterricht wird in der allgemeinen Volksschule nicht erteilt; vielmehr findet in den letzten beiden Schulklassen eine sittliche Unterweisung in wöchentlich 2 Stunden statt. 3. Die Mädchenfortbildungsschule ist einzuführen. Ausnahmsweise hat das Ministerium in dringenden Fällen bei dahingehenden Anträgen der einzelnen Gemeinden einen Aufschub der Einführung gestattet. 4. Der Fortbildungsschulunterricht soll nur Werktags abgehalten werden. 5. Die Ortsschulaufsicht ist in jeder Form aufzuheben. 6. Die Lehrerversammlung berät und beschließt über die inneren Angelegenheiten ihrer Schule. 7. Der Schulleiter wird vom Kollegium auf Zeit gewählt. 8. Bei den einzelnen Bezirksschulinspektionen sind Bezirksschulbeiräte einzuführen, die gemeinsam mit dem Bezirksschulinspektor die Schulfragen des Bezirks beraten. 9. Der Schulvorstand setzt sich zusammen zur Hälfte aus Gemeindevertretern, zu einem Viertel aus Eltern, die ihre Kinder in die Schule schicken, und zu einem Viertel aus Lehrern. Reicht die Zahl der Lehrer nicht aus, so findet Ergänzung aus der Elternschaft statt. Die bisher gültige Bestimmung, daß ein Lehrer nicht Vorsitzender des Schulvorstandes sein darf, ist aufzuheben. 10. Für jede Schule wird eine Schulpflegschaft eingerichtet. Sie wird aus dem Schulleiter, aus Lehrern und aus Vertretern von Eltern der die Schule besuchenden Kinder zusammengesetzt. 11. Dem Lehrer sind auf Wunsch auch zurückliegende Personal- und Disziplinarakten zur Einsichtnahme vorzulegen. Ferner wurde vom Gesetzgebungsausschuß beschlossen: Auf dem Verordnungswege ist zu regeln: a) Beseitigung der bisher geforderten Vorkenntnisse in Latein und Klavierspielen bei Aufnahme der Schüler in die Seminare; b) Einrichtung von Schülerräten in Seminaren in Klassen 1—6. c) Aenderung der Wahlfähigkeitsprüfung und Durchführung der Abschlußkurse ist dem Ministerium als Wunsch übermittelt worden.

— **Verlängerung des Konfirmandenunterrichts in Sachsen.** Im Hinblick auf die Einstellung des Katechismusunterrichts in den Volksschulen hat das Landeskonsistorium angeordnet, daß der Konfirmandenunterricht in diesem Jahre bereits Mitte Mai (nach dem Sonntag Jubilate) beginnen soll. Diese Verlängerung des Unterrichts, die für die Geistlichen eine starke Mehrbelastung bedeutet, ist in anderen Landeskirchen Deutschlands bereits seit langem eingeführt. Sie soll, wie die sächsische Aufklärungsstelle mitteilt, einer grundsätzlichen Neuregelung der Dauer und Gestaltung des Konfirmandenunterrichts durch spätere Bestimmungen nicht vergreifen.

— **Die Sächs.-Böhm. Dampfschiffahrtsgesellschaft** kann leider ihren Betrieb infolge Kohlenmangels in der nächsten Zeit noch nicht eröffnen. Man hatte allgemein mit einer Eröffnung der Fahrten zum bevorstehenden Osterfeste gerechnet. Wenn der Gesellschaft jedoch keine größeren Kohlenmengen zugewiesen werden, ist dies leider nicht möglich. Die Eröffnung der Personenschiffahrt ist nicht nur im Interesse der zahlreichen Elbortschaften und ihrer Bewohner, sondern auch im Interesse der vielen Naturfreunde, die sich zu Ostern einen Dampferausflug gönnen wollen, dringend zu wünschen.

— **Grumbach.** Nächsten Sonnabend findet hier, wie auch im amtlichen Teile der heutigen Nummer ersichtlich, die Wahl zum Bauern- und Landarbeiterrate statt. Wahlberechtigt u. wählbar sind alle über 20 Jahre alten männl. und weiblichen Personen, die entweder im Hauptberuf den Landwirten oder landwirtschaftlichen Angestellten oder Arbeitern, auch Familienangehörige, angehören. Rege Beteiligung liegt im Interesse der einzelnen Gruppen.

— **Dresden.** In der Feuerbestattungsanstalt der Stadt Dresden sind im Monat März d. Js. 71 Einäscherungen erfolgt und zwar 49 männlichen und 22 weiblichen Geschlechts. Von den Verstorbenen waren 68 evangelisch, 2 katholisch und einer mosaisch. In 67 Fällen fand religiöse Feier statt. Vom Tage der Inbetriebnahme (22. Mai 1911) sind dies 5732 Einäscherungen.

— **Wilthen.** Der Gemeinderat beschloß, die Regierung zu ersuchen, sofort die Zwangswirtschaft in dem Verkehr mit Eiern wieder aufzunehmen, da seit Aufhebung derselben Eier im freien Handel überhaupt nicht oder nur zu außerordentlich hohem Preise zu haben sind.

— **Neustadt.** Die Wahlen für die Bauern- und Landarbeiterräte finden wenig Interesse. So wurden bei der Bauernratswahl im benachbarten Langburkersdorf nur unbeschriebene Zettel abgegeben und die Arbeiter konnten sich überhaupt auf keinen Kandidaten einigen.

— **Bautzen.** Der Stadtrat beschloß in seiner letzten Sitzung, im Sommerhalbjahr den Unterricht in den Schulen um 9 Uhr beginnen zu lassen.

— **Döbeln.** Die Stadtverordneten haben den Stadtrat ersucht, mit Rücksicht auf die jetzigen Verkehrsschwierigkeiten, gemeinsam mit anderen interessierten Körperschaften an das Justizministerium eine Interpellation um Errichtung eines Landgerichts in Döbeln zu richten. Die bisherige Kaserne würde die erforderlichen Räumlichkeiten ohne erhebliche Baukosten ergeben. Döbeln gehört zurzeit dem Landgerichtsbezirk Freiberg an.

— **Zwickau.** Der Bergarbeiterstreik hat heute auch auf den Zwickauer Bezirk übergegriffen. Abordnungen der Streikenden ziehen von Werk zu Werk und fordern die Bergarbeiter auf, die Arbeit niederzulegen. Im Lugau-Oelsnitzer Gebiet ist der Streik vollständig. Am Dienstag fand auf dem Rathausplatz in Oelsnitz eine große Kundgebung statt, bei welcher der Kommunistenführer Rühle das Wort ergriff. Die Streikenden beschlossen, Abordnungen nach Dresden und Weimar zu entsenden. Der Streik in der Metall- und Hüttenindustrie hält noch an. Die sozialdemokratische Partei, das Gewerkschaftskartell und der Arbeiterrat weisen darauf hin, daß jeder Streiktag die schnelle Heranführung von Lebensmitteln verzögere. Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, ihre Lage durch völlig zwecklose Arbeitseinstellungen nicht selbst zu verschlechtern.

Oeffentliche Sitzung des Bezirks-Ausschusses der Amtshauptmannschaft Meißen

am 7. April
unter Vorsitz des Herrn Amtshauptmann Dr. Grille
(Nichtamtlicher Bericht.)

Infolge des verschiedenen Feuchtigkeitsgehalts im Brotgetreide war im laufenden Erntejahre die Bewertung des Brotgetreides nach seinem Feuchtigkeitsgehalt vorgenommen worden. Dieser neue Bewertungsmodus führte aber wegen der großen Niederschläge in der Erntezeit zu zahlreichen Unzuträglichkeiten. Mühlenbesitzer und Getreideaufkäufer richteten daher an den Bezirksausschuß die Bitte, ein Gesuch zur Rückkehr zur Bewertung des Getreides nach Effektivgewicht bei der zuständigen Behörde zu befürworten. Dieser Bitte wird stattgegeben. — Beschlossen wird, die Polizeistunde in den Schankstätten und anderen öffentlichen Lokalen des Bezirks auf 1/2 12 Uhr heraufzusetzen, desgleichen von der Bereitstellung von Mitteln zur Gewährung von Belohnungen an Schulkinder für Einsammeln von Maikäfern, Raupen und Schmetterlingen für diesmal abzusehen, da der bisher erzielte Erfolg kein großer gewesen ist. — Bei der Versteigerung von Heerespferden sind bisher erhebliche Schiebungen unternommen worden. Um solche für die Zukunft unmöglich zu machen, sind auf Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 22. März 1919 neue Bestimmungen herausgegeben worden, nach denen der Landeskulturrat die Kontrolle über die Pferdeversteigerungen übernimmt. Besonders wichtig daraus ist, daß zur Zucht geeignete Kaltblutstuten dem Landeskulturrat vor der Versteigerung anzumelden sind. Aller freihändiger Verkauf ist verboten, und die zu Schlachtzwecken verkauften Pferde müssen auch wirklich geschlachtet und dürfen nicht weiterverkauft werden. Der Ausschuß nahm davon Kenntnis. — Daran schließt sich eine nichtöffentliche Sitzung. M.T.

Welt- und Volkswirtschaft.

* **Marmelade noch für drei Monate.** Zur Frage der Marmeladenzuteilung erfährt man von zuständiger Seite: Es ist vielfach angenommen worden, daß die Zuteilung von Marmelade bereits in allernächster Zeit aufhören wird. Dies ist nicht der Fall. Den Marmeladefabriken ist noch für drei Monate Zucker überwiesen worden, es kann also noch bis in den Juni hinein, bei Streckung der Vorräte noch länger, Marmelade verteilt werden.

* **Besserung auf dem Arbeitsmarkt.** Wie von unterrichteter Seite verlautet, hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt günstiger gestaltet. Allgemein ist ein Rückgang der Arbeitslosenziffern bei den männlichen Arbeitskräften zu verzeichnen; aber auch auf dem weiblichen Arbeitsmarkt hat in einigen Teilen des Reiches ein nicht unerheblicher Rückgang der Beschäftigungslosigkeit eingesetzt.

* **Die Tabakernte in Baden.** Nach einer amtlichen Schätzung wurden in Baden im Jahre 1918 insgesamt 150 000 Zentner Tabak geerntet. Im Durchschnitt wurden dem Tabakpflanzer 150—160 Mark, im Schleichhandel aber 500 Mark und noch mehr bezahlt. Nach dem ersteren Satz würden den badischen Tabakpflanzern etwa 15 bis 20 Millionen für ihr Produkt gezahlt worden sein. Errechnet man aber die gesamte badische Tabakernte nach den Preisen, wie die Tabakfabrikate in die Verbraucherhände kommen, so ergibt sich eine Summe von mindestens 200 Millionen Mark.

* **Freiwillige Sozialisierung.** Dr. Otto Schott, Mitinhaber des Jenauer Glaswerks von Schott und Genossen, hat folgenden Anschlag in den Geschäftsräumen des Werkes ausgehängt: „Der Arbeiterausschuß hat aus sozialpolitischen Gründen den Antrag gestellt, daß ich meinen Geschäftsanteil in der Firma Schott u. Genossen der Carl-Zeiß-Stiftung überführen möchte. Da schon mein Gesellschaftsvertrag aus dem Jahre 1891 diese Abtretung vorsieht und ich aus den Vorgängen der letzten Tage die Überzeugung gewonnen habe, daß eine alsbaldige Abtretung wesentlich dazu beitragen würde, den Frieden im Betrieb aufrechtzuerhalten, der mir in der heutigen Zeit ganz besonders am Herzen liegt, habe ich mit der Carl-Zeiß-Stiftung vereinbart, daß sie mit dem 1. April d. Js. meinen Gesellschaftsanteil übernimmt, daß ich von diesem Tage ab als Gesellschafter ausscheide und dann nur noch als Beamter der Firma und Mitglied der Geschäftsleitung tätig sein werde.

Verlustlisten Nr. 583, 585 und 586,
der Sächsischen Armee,

ausgegeben am 3., 14. und 18. März 1919.

Balzer Arno, Uffz., Röhrsdorf — bish. vermißt, i. Gefgsch.
Bergmann Max, Gefr., Röhrsdorf — bish. vermißt, i. Gefgsch.
Burckhardt Otto, Roitzsch — gefallen.
Gerber August, Blankenstein — bish. vermißt, i. Gefgsch.
Starke Bruno, Sergt. Grumbach — l. v.
Schiebold Max, Gefr., Mohorn — bish. vermißt, i. Gefgsch.
Thiele Friedrich, Seeligstadt — l. v. b. d. Tr.

5. Klasse 174. Sächsische Landes-Lotterie.

7. Ziehungstag am 9. April (Ohne Gewähr.)

5000 Mark auf Nr. 44143 45129 102606.

3000 Mark auf Nr. 2750 6052 7025 8816 9300 18978 [illegible] 26491 38088 43082 47049 48174 48219 50437 51192 51489 [illegible] 57066 64556 73983 85961 92857 93803 95581.

2000 Mark auf Nr. 8280 20293 44469 46160 46220 [illegible] 50610 50969 54354 60146 61591 64881 66375 70691 71067 [illegible] 75464 76186 77622 90587 90602 91470 97879 105876 107107.

1000 Mark auf Nr. 414 1824 4327 9607 9665 12152 [illegible] 17081 17686 19790 28082 28352 31313 33211 34085 40090 [illegible] 42734 45087 45969 47387 52136 60500 62647 63321 64012 [illegible] 64589 69459 70811 70521 72394 78775 75716 79287 90252 [illegible] 83702 84016 86836 90875 91044 92352 94521 95878 98469 [illegible] 105821 106773 108742 109422 109567.

500 Mark auf Nr. 1532 2515 3800 4088 4171 6097 [illegible] 10453 11507 12913 14993 20873 21445 22988 24883 26900 [illegible] 29186 30065 32895 34017 36670 37991 39017 39798 40988 [illegible] 46041 51304 53315 53996 57863 58056 58735 58824 61546 [illegible] 62482 64784 64937 66225 70678 78249 80521 81055 82159 [illegible] 84373 85812 87438 88771 92199 96407 97182 97417 101126 [illegible] 101900 104353 105457 105680 105878.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer L. R. Gärtner, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Für die uns anläßlich unserer Geschäftsübernahme von allen Seiten zuteil gewordenen Geschenke und Glückwünsche sagen wir hierdurch allen unseren

herzlichsten Dank.

Kurt Heinitze
Bruno Räntzsch
i. Fa. Wilsdruffer Obstweinkelterei und Weinhandlung Heinitze & Co.
3070

Kräftige
Arbeitsfrauen
sucht
Baumschulen Richard Quantz.
3057

Einen
Arbeitsburschen
sucht für sofort oder 1. Mai
Kurt Naumann,
Malermeister,
Dresdner Str. 236 part.

Druckfachen
für Handel und Gewerbe
Behörden und Vereine
für Geschäfts- und Privatverkehr
liefert in einfacher wie moderner Ausführung schnell und preiswert
Arthur Zschunke
Buchdruckerei — Wilsdruffer Tageblatt

Kaufe
Schlachtpferde
zu höchsten Preisen.

August Hohlfeld,
Wilsdruff, Fernspr. 564.
Im Notfalle sofort zur Stelle.

Jedes Quantum
Runkelrüben
kauft
Alfred Jäpel,
Mohorn, Sa.

Handwagen-Räder
zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis u. 3077 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Verein
Heimatdank
der Amtshauptmannschaft Meißen.
Anmeldungen nehmen entgegen die Geschäftsstelle bei der Amtshauptmannschaft, die Vertrauensmänner des Vereins u. d. Gemeindevorstände des Bezirkes. Jahresbeitrag mindest. 1 Mk., juristische Personen u. Vereine ohne Rechtsfähigkeit mindestens 10 Mk.

Hotel Blauer Stern
Am Stadttheater **Meissen** Fernsprecher 22
empfiehlt sich dem geehrten Landpublikum beim Besuche Meissens aufs Beste.
40 Betten. **Starker Landverkehr.** Zentralheizg.
Ausspannung für 60 Pferde
— unter fachmännischer Aufsicht. —
Gute auswahlreiche Küche. ff. Biere und Weine.
1692 Besitzer **Georg Eberhardt.**

Gemeindeverbands-Sparkasse Deutschenbora
ist geöffnet jeden **Montag** und jeden **Monatsersten**. Wenn diese Feiertage sind, dann am folgenden Wochentage, ausserdem jeden **ersten Sonntag** im Vierteljahr
nachmittags 2—4 Uhr.
Einlagen werden mit 3½% verzinst und streng geheimgehalten.

PATENT
Musterschutz
Warenzeichen
durch das Patentbüro Krueger
Dresden, Schloßstr. 2 / Altmarkt
Seit 1901 bekannt u. empfohlen. Rat u. Auskunft persönlich od. brieflich
VERWERTUNG

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff